

Mitteilungsblatt

Amt Eggebek



Amtliches Bekanntmachungsblatt des Amtes Eggebek und der Gemeinden Eggebek, Janneby, Jerrishoe, Jörl, Langstedt, Sollerup, Süderhackstedt und Wanderup

Nr. 34

Freitag, den 30.09.2022

18. Jahrgang

Seite	Inhalt
187	1. Nachtragshaushaltssatzung des Amtes Eggebek für das Haushaltsjahr 2022
188-193	Bekanntmachung der Straßenreinigungssatzung der Gemeinde Langstedt

Das Mitteilungsblatt wird vom Amt Eggebek und den Gemeinden Eggebek, Janneby, Jerrishoe, Jörl, Langstedt, Sollerup, Süderhackstedt und Wanderup herausgegeben. Es erscheint jeden Freitag, sofern Veröffentlichungen vorliegen. Fällt das Erscheinungsdatum auf einen Feiertag, so erscheint das Mitteilungsblatt am davor liegenden Werktag. Erscheint eine zusätzliche Ausgabe, so wird auf das Erscheinen und den Inhalt des amtlichen Teils im Flensburger Tageblatt hingewiesen. Das Mitteilungsblatt ist beim Amt Eggebek, Hauptstraße 2, 24852 Eggebek, Tel. 04609/900-0 zu folgenden Bezugsbedingungen erhältlich:

Abonnement: vierteljährlich per Post gegen eine Gebühr von 15,00 Euro, zahlbar im Voraus, per Newsletter (elektronische Post) kostenfrei.

Einzelbezug: per Post gegen eine Gebühr von 2,00 Euro je Ausgabe, durch Abholung beim Amt Eggebek, kostenfrei. Internet: www.amt-eggebek.de.

**1. Nachtragshaushaltssatzung
des Amtes Eggebek für das Haushaltsjahr 2022**

Aufgrund des § 18 der Amtsordnung in Verbindung mit § 80 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird nach Beschluss des Amtsausschusses vom folgende Nachtragshaushaltssatzung erlassen:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamt- betrag des Haushaltsplanes einschl. der Nachträge	
			gegenüber bisher	nunmehr fest- gesetzt auf
1. Im Verwaltungshaushalt die Einnahmen	286.400,00 €		6.660.100,00 €	6.946.500,00 €
die Ausgaben	286.400,00 €		6.660.100,00 €	6.946.500,00 €
2. Im Vermögenshaushalt die Einnahmen	1.121.300,00 €		5.108.300,00 €	6.229.600,00 €
die Ausgaben	1.121.300,00 €		5.108.300,00 €	6.229.600,00 €

§ 2

Es werden neu festgesetzt:

1. Der Gesamtbetrag der Kredite für Investi- tionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	von bisher	4.500.000,00 €	auf	5.382.000,00 €
2. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	von bisher	0,00 €	auf	0,00 €
3. Der Höchstbetrag der Kassenkredite	von bisher	1.938.100,00 €	auf	1.938.100,00 €
4. Die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen (Amt und Schulen)	von bisher	55,07	auf	59,22 Stellen

§ 3

Die Umlagesätze für die Schul- und Amtsumlage bleiben unverändert.

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung die Amtsdirektorin ihre oder der Amtsdirektor seine Zustimmung nach § 18 Amtsordnung in Verbindung mit § 82 Abs. 1 oder § 84 Abs. 1 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 10.000,00 EUR. Die Genehmigung des Amtsausschusses gilt in diesen Fällen als erteilt. Die Amtsdirektorin oder der Amtsdirektor ist verpflichtet, dem Amtsausschuss mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Eggebek, den 30.09.2021

Amtssiegel

Amt Eggebek
Der Amtsdirektor
gez. Lars Fischer
(L. Fischer)

Die vorstehende 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Während der Dienstzeiten kann Jeder nach vorheriger Terminabsprache im Amt Eggebek, Zimmer 224, Einsicht in die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan mit den Anlagen nehmen.

Eggebek, den 30.09.2022

Amtssiegel

Amt Eggebek
Der Amtsdirektor
gez. Lars Fischer
Lars Fischer
- Amtsdirektor -

Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen
in der Gemeinde Langstedt
(Straßenreinigungssatzung)

Aufgrund der §§ 4 und 17 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) in der Fassung vom 28.02.2003 (GVOBl. Schl.-H., S. 57), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.01.2018 (GVOBl. Schl.-H., S. 6) und des § 45 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein (StrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.11.2003 (GVOBl. Schl.-H., S. 631) zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 04.04.2013 (GVOBl. Schl.-H., S. 143) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 02.06.2021 folgende Satzung erlassen:

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Reinigungspflicht
- § 2 Auferlegung der Reinigungspflicht
- § 3 Art und Umfang der Reinigungspflicht
- § 4 Säuberungspflicht bei außergewöhnliche Verunreinigung
- § 5 Grundstücksbegriff
- § 6 Verletzung der Reinigungspflicht
- § 7 Verarbeitung personenbezogener Daten
- § 8 Inkrafttreten

- Anlage 1

§ 1

Reinigungspflicht

Alle öffentlichen Straßen (§§ 2, 57 StrWG, § 1 Bundesfernstraßengesetz) innerhalb der geschlossenen Ortslage sind zu reinigen. Geschlossene Ortslage ist der Teil des Gemeindegebiets, der in geschlossener oder offener Bauweise zusammenhängend bebaut ist. Einzelne unbebaute Grundstücke oder einseitige Bebauung unterbrechen den Zusammenhang nicht (§ 4 Abs. 1 S. 2 und 3 StrWG). Die geschlossene Ortslage ergibt sich aus der in der Anlage beigefügten Karte.

§ 2

Auferlegung der Reinigungspflicht

(1) Die Reinigungspflicht wird für folgende Straßen und -teile in der Frontlänge der anliegenden Grundstücke auf den Eigentümer dieser Grundstücke auferlegt

a) Gehwege (Teile einer Straße oder selbstständige Gehwege) mit Ausnahme derjenigen Teile, die als Parkplatz für Kraftfahrzeuge besonders gekennzeichnet sind,

b) begehbbare Seitenstreifen,

c) gemeinsame (kombinierte) Geh- und Radwege,

d) Radwege,

e) Rinnsteine und Pflasterrinnen,

f) Wohnwege, soweit deren Benutzung für Fußgänger geboten sind.

Ausgenommen sind die den öffentlichen Bushaltestellen vorgelagerten Flächen.

(2) Wo ein Gehweg nicht besonders abgegrenzt ist, gilt als Gehweg ein begehbarer Seitenstreifen oder ein den Bedürfnissen des Fußgängerverkehrs entsprechender Streifen der Fahrbahn. Dies gilt nicht, wenn auf der anderen Seite ein Gehweg vorhanden ist.

(3) Die Eigentümer von Grundstücken in Stichwegen haben zusätzlich die verbleibende Straßenfläche in der Frontfläche ihres Grundstückes zu reinigen. Stichwege sind öffentliche Straßen, die

a) keine Geh- und Radwege aufweisen

b) Sackgassen ohne Wendemöglichkeit/-anlage.

Sofern sich Grundstücke in der Frontlänge gegenüberliegen, hat jeder Eigentümer jeweils die Hälfte der Straßenbreite zu reinigen. Liegt die Frontlänge eines Grundstückes oder mehrere Grundstücke ausschließlich am Ende der Straße, so haben diese Eigentümer oder diese Eigentümerinnen die in Absatz 1 Buchstabe a) bis f) beschriebenen Pflichten zu erfüllen. Die Reinigungspflicht der übrigen Eigentümer, der in der Straße gelegenen Grundstücke, ist insoweit beschränkt.

(4) Die Reinigung von Eckgrundstücken umfasst die Frontlänge des Grundstückes an allen anliegenden Straßen. Im Übrigen gilt Absatz 1 und 2 entsprechend.

(5) Anstelle des Eigentümers trifft die Reinigungspflicht

a) den Erbbauberechtigten,

b) den Nießbraucher, sofern er unmittelbaren Besitz am gesamten Grundstück hat, oder

c) den dinglich Wohnberechtigten, sofern ihm das ganze Wohngebäude zur Nutzung überlassen ist.

(6) Ist der Reinigungspflichtige nicht in der Lage, seine Pflicht persönlich zu erfüllen, so hat er eine geeignete Person mit der Reinigung zu beauftragen. Eine nachweislich ausreichende Haftpflichtversicherung für den Beauftragten muss vorliegen.

§ 3

Art und Umfang der Reinigungspflicht

(1) Die zu reinigenden Straßen und -teile sind in einem sauberen Zustand zu halten und von wildwachsenden Kräutern zu befreien. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und chemischen Mitteln ist untersagt. Die Einläufe in Entwässerungsanlagen (einschließlich der Schmutzauffangeimer) und die dem Feuerlöschwesen dienenden Wasseranschlüsse sind von der Oberfläche her jederzeit sauber und von Schnee und Eis freizuhalten.

Einer mit der Reinigung über das normale Maß hinaus verbundene Staubentwicklung ist bei frostfreier Witterung durch Sprengen mit Wasser vorzubeugen.

Im Übrigen richtet sich Art und Umfang der Reinigung nach dem Grad der Verschmutzung und den Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

2) Bei Glatteis und Schnee sind Geh- und Radwege mit abstumpfenden Stoffen zu bestreuen. Die Verwendung von Auftausalzen oder sonstigen salzhaltigen Mitteln ist nicht zulässig. Nach 20.00 Uhr entstehendes Glatteis ist bis 8.00 Uhr des folgenden Tages zu beseitigen. In der Zeit von 8.00 – 20.00 Uhr entstehendes Glatteis ist, so oft wie erforderlich, unverzüglich zu beseitigen; dies gilt auch für Glätte, die durch festgetretenen Schnee entstanden ist.

(3) Schnee ist in der Zeit von 08.00 Uhr bis 20.00 Uhr unverzüglich nach beendetem Schneefall zu entfernen, nach 20.00 Uhr gefallener Schnee bis 08.00 Uhr des folgenden Tages.

(4) Die Geh- und Radwege sind in einer für den Fußgängerverkehr erforderlichen Breite von Schnee freizuhalten und bei Glätte zu streuen, die den örtlichen Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung entspricht. Auf den mit Sand, Kies oder Schlacke befestigten Gehwegen ist nur Glätte zu beseitigen. Schneemengen, die dem Fußgängerverkehr behindern, sind unter Schonung der Gehflächen zu entfernen.

(5) Schnee und Eis sind grundsätzlich auf geeignete Flächen des eigenen Grundstückes zu verbringen. Sind keine geeigneten Flächen vorhanden, so sind Schnee und Eis auf dem an der Fahrbahn grenzenden Drittel des Gehweges oder einem Seitenstreifen zu lagern. Wo dieses nicht möglich ist, können Schnee und Eis auch am Fahrbahnrand gelagert werden. Der Fahr- und Fußgängerverkehr darf hierdurch nicht beeinträchtigt werden. Es ist untersagt, Schnee und Eis von Grundstücken in die öffentlichen Bereiche (z.B. Fahrbahn, Gehweg) zu schaffen.

(6) Nach Beendigung der durch Schnee und Eis entstandenen Rutschgefahr sind die Streurückstände unverzüglich und umweltgerecht zu beseitigen.

(7) Gehwege im Sinne der vorstehenden Absätze sind alle Straßenteile, deren Benutzung durch Fußgänger geboten ist.

§ 4

Säuberungspflicht bei außergewöhnlicher Verunreinigung

(1) Wer eine öffentliche Straße über das übliche Maß einer Normalnutzung hinaus verunreinigt, hat diese Verunreinigung ohne Aufforderung und ohne schuldhafte Verzögerung zu beseitigen, andernfalls kann die Gemeinde die Verunreinigung auf Kosten des Verursachers beseitigen. Unberührt bleibt die Verantwortung des Reinigungspflichtigen im Rahmen dieser Satzung.

(2) Abs. 1 gilt auch für Verunreinigung durch Tierkot. Tierführerinnen und Tierführer sowie Tierhalterinnen und Tierhalter sind verpflichtet, Tierkot unverzüglich zu entfernen.

§ 5

Grundstücksbegriff

(1) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine wirtschaftliche Einheit nach dem Bewertungsgesetz bildet.

(2) Als anliegend im Sinne dieser Satzung gilt auch ein Grundstück, das durch einen Graben, eine Böschung, einen Grünstreifen, eine Mauer oder in ähnlicher Weise vom Gehweg oder von der Fahrbahn getrennt ist, gleich, ob es mit der Vorder- bzw. Hinterfront oder den Seitenfronten an einer Straße liegt. Das gilt jedoch nicht, wenn ein Geländestreifen zwischen Straße und Grundstück nach § 2 StrWG weder dem öffentlichen Verkehr gewidmet noch Bestandteil der Straße ist.

§ 6

Verletzung der Reinigungspflicht

Wer vorsätzlich oder fahrlässig die ihm durch diese Satzung auferlegte oder von ihm übernommene Reinigungspflicht nicht erfüllt, handelt ordnungswidrig (§ 56 Abs. 1 Nr. 8 StrWG). Die Ordnungswidrigkeit kann nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils geltenden Fassung mit einer Geldbuße geahndet werden.

§ 7

Verarbeitung personenbezogener Daten

(1) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben als Träger der Straßenreinigung ist die Gemeinde berechtigt, folgende Daten gemäß Art. 6 Abs. 1 Nr. e Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) vom 26.05.2018 i.V.m. § 12 Abs. 1 Nr. 2 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) und § 4 Abs. 1 Nr. 2 LDSG vom 02.05.2018 (GVOBl. Schl.-H. S. 162) in den jeweils gültigen Fassungen zu erheben:

1. Angaben aus den Grundsteuerakten, wer Grundstückseigentümerin und/oder Grundstückseigentümer des jeweiligen Grundstückes ist und deren und/oder dessen Anschrift;

2. Angaben des Grundbuchamtes aus den Grundbuchakten und des Katasteramtes aus seinen Akten, wer Grundstückseigentümerin und/oder Grundstückseigentümer des jeweils zu reinigenden Grundstückes ist und deren und/oder dessen Anschrift,

3. Angaben des Einwohnermeldeamtes aus dem Melderegister über die Anschrift der Grundstückseigentümerin und/oder Grundstückseigentümers des jeweils zu reinigenden Grundstücks,

4. Angaben des Katasteramtes zu den Abmessungen der jeweils zu reinigenden Grundstücke;

5. Angaben der unteren Bauaufsichtsbehörde zur Abgrenzung der öffentlichen Grundstücke zu den jeweils zu reinigenden Grundstücken

6. Angaben des Grundbuchamtes bzw. Katasteramtes zur Abgrenzung der gemeindlichen Grundstücke zu den jeweils zu reinigenden Privatgrundstücken

(2) Die nach Absatz 1 erhobenen sowie die weiteren im Zusammenhang mit der Straßenreinigung angefallenen und anfallenden personenbezogenen Daten darf die Gemeinde nur zum Zweck der Erfüllung ihrer Aufgaben als Trägerin der Straßenreinigung verwenden, speichern und weiterverarbeiten. Bezüglich der Löschung der personenbezogenen Daten findet die DSGVO in ihrer jeweils gültigen Fassung Anwendung.

§ 8

Inkrafttreten

Diese Satzung mit ihrer Anlage 1 tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 18.04.1989 außer Kraft.

Langstedt, den 02.06.2021

Gemeindesiegel

Gez. Ralf Ketelsen

Ralf Ketelsen
Bürgermeister

